

Press release

Flansborj, 15.10.2025

Grüne, SSW und CDU einigen sich auf Kompromiss zur Beherbergungsabgabe

Nach dem Vorschlag der Stadtverwaltung, die Beherbergungsabgabe dank neuer gesetzlicher Möglichkeiten ab dem 1. Januar 2026 auch auf dienstlich veranlasste Übernachtungen (statt wie bisher nur auf private Reisen) auszuweiten, hatte es deutliche Kritik aus der Tourismus- und Hotelbranche sowie intensive Diskussionen innerhalb der Flensburger Kommunalpolitik gegeben.

Nach mehreren Gesprächen und Beratungen haben sich nun die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (mit Volt), SSW und CDU auf einen gemeinsamen Kompromissvorschlag verständigt:

Die Beherbergungsabgabe soll künftig auch auf geschäftliche Übernachtungen erhoben werden, der Satz wird jedoch auf 6,25 Prozent gesenkt. Zudem tritt die Neuregelung erst zum 1. Oktober 2026 in Kraft – nicht, wie ursprünglich vorgesehen, bereits zum Jahresbeginn.

Damit soll einerseits der angespannten Haushaltslage der Stadt Rechnung getragen werden, andererseits sollen die Betriebe ausreichend Vorlaufzeit für die Umstellung erhalten. Die Fraktionen betonen, dass das Ziel eine ausgewogene und planbare Lösung sei, die sowohl wirtschaftliche Interessen als auch kommunale Verantwortung berücksichtigt.

Zusätzlich haben die drei Fraktionen eine ergebnisoffene Prüfung einer möglichen Tourismusabgabe angeregt.

Die Verwaltung soll untersuchen, ob und wie sich die Finanzierung des Tourismus künftig breiter und gerechter gestalten ließe – etwa durch ein Modell, das nicht nur Beherbergungsbetriebe einbezieht. Dabei geht es ausdrücklich um eine sachliche Prüfung, keine Vorentscheidung. Ziel ist es, Optionen zu bewerten und Erfahrungen aus früheren Versuchen konstruktiv einfließen zu lassen.

Leon Bossen, Fraktionsvorsitzender von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (mit Volt), erklärt:

„Wir haben uns für einen pragmatischen und fairen Weg entschieden.“

Flensburg braucht zusätzliche Einnahmen, um handlungsfähig zu bleiben – insbesondere in Bereichen wie Stadtentwicklung, Kultur und Infrastruktur, von denen auch der Tourismus lebt. Gleichzeitig wollen wir die Hotellerie und Gastronomie nicht überfordern und wissen um die elementare Bedeutung des Tourismus für unsere Region. Mit dem reduzierten Satz und dem späteren Starttermin schaffen wir Luft zum Atmen und Planungssicherheit: Die Betriebe können die kommende Hauptsaison 2026 noch zu den bisherigen Konditionen gestalten – und dennoch wird die kommunale Einnahmeseite gestärkt.“

Katja Claussen, Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (mit Volt), ergänzt:

„Mit der Prüfung einer möglichen Tourismusabgabe wollen wir ausloten, wie eine gerechtere und zukunftsfähigere Finanzierung des Tourismus in Flensburg aussehen könnte. Dabei ist uns wichtig, dass dieser Prozess offen geführt wird – gemeinsam mit den betroffenen Branchen und ohne Vorfestlegung. Wir kennen die Erfahrungen aus früheren Anläufen und wissen, worauf es ankommt. Fehler von damals dürfen sich nicht wiederholen – Transparenz und Beteiligung sind der Schlüssel.“

Martin Lorenzen, Fraktionsvorsitzender des SSW, sagt:

„Angesichts der angespannten Haushaltslage müssen wir auch versuchen, die Einnahmen der Stadt zu erhöhen. Die Erweiterung der Beherbergungsabgabe auf Geschäftsreisen ist einer der wenigen Möglichkeiten, die uns auf kommunaler Ebene bleiben. Wir haben uns die Entscheidung nicht leicht gemacht, da natürlich die Argumente der Hotelbranche Gewicht haben und wir auf die wichtige Tourismusbranche in Flensburg Rücksicht nehmen wollen. Deshalb senken wir Beherbergungsabgabe gleichzeitig mit der Ausweitung auf dienstliche Übernachtungen und wir warten fast 1 Jahr damit. Dennoch wird dies für den Haushalt der Stadt mehr Geld einbringen. Aus Sicht des SSW ist dies daher ein vernünftiger Kompromiss.“

Thomas Dethleffen, Fraktionsvorsitzender der CDU, sagt:

„Wir haben uns für Realismus statt Symbolpolitik entschieden. Flensburg braucht Einnahmen, aber mit Maß und Verantwortung. Der spätere Start und der geringere Satz schaffen Verlässlichkeit für die Betriebe – das war uns wichtig.

Jetzt ist die Stadt am Zug: Wir erwarten eine wirklich ernsthafte Prüfung einer Tourismusabgabe – mit offener Einbindung der betroffenen Branchen, nicht hinter verschlossenen Türen. Und eines muss klar sein: Es kann nicht angehen, dass wir als Erstes die Einnahmen einzelner Branchen erhöhen, während die Stadt selbst noch nicht ernsthaft mit der eigenen Konsolidierung beginnt.“

Der Kompromissvorschlag sowie der begleitende Prüfauftrag sollen in der November-Ratsversammlung eingebracht und beraten werden. Ziel ist es, die Debatte um die Beherbergungsabgabe zu versachlichen und den Weg für eine faire, langfristig stabile Finanzierung des Flensburger Tourismus zu

ebnen.